

Stellungnahme der KI zum Offenlegungsbericht der Sparkasse Aschaffenburg-Alzenau für das Jahr 2014 im Internet:

Millionengewinne werden den Bürgern vorenthalten!

Nach Auflagen des Kreditwesengesetzes (§26a) und der Solvabilitätsverordnung (§§319ff.) hat die Sparkasse Aschaffenburg-Alzenau jedes Jahr die genaue Bilanz und die Lage des Vorjahres in einem Bericht zu veröffentlichen. Dies ist nun geschehen. Der Bericht und die Bilanz sind im Internet einsehbar.

Die KI hat nun die Bilanz und den Offenlegungsbericht der Sparkasse Aschaffenburg-Alzenau für das Jahr 2014 kritisch unter die Lupe genommen und stellt fest: Trotz einem **Gewinn vor Steuern von 42,9 Millionen Euro** werden nach Abzug von 8,2 Millionen Steuern nur ein Gewinn von knapp 6 Millionen ausgewiesen. **Wohin sind die restlichen 28,7 Millionen Euro verschwunden?** Ein Teil wird wohl in die stille Reserve nach HGB 340 f geflossen sein und taucht deshalb nirgendwo mehr auf – was auch nicht in Ordnung ist, weil diese Reserve nach der neuen Basel III Richtlinie offen gelegt werden muss. Die restlichen Millionen versickern im Zahlenwust.

Gleichzeitig stehen zu den 70,7 Millionen Euro Rückstellungen für Bankrisiken weitere Eigenkapitalanteile über die bisherigen 217,8 Millionen zur Verfügung. Mit diesen 290 Millionen Euro „plus“ stiller Reserven (wir können von 350 Millionen auf der hohen Kante ausgehen) steht unsere Bürgerbank Sparkasse sehr überversichert da.

„Die Liquiditätslage der Sparkasse ist gut.“ Und: „Die Sparkasse ist der besten Risikostufe zugeordnet.“ Heißt es im Lagebericht. Das ist gut so, widerspricht aber der Aussage, dass die Gewinne gehortet werden müssten und läßt einen Verteilungsspielraum für die Menschen hier zu. **Im Vordergrund würde auch nicht die „Gewinnmaximierung“ sondern die Versorgung u.a. „der öffentlichen Hand mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen“ stehen. Dies können wir so nicht bestätigen.** Nur ein geringer Prozentsatz des Kreditvolumens geht an die Stadt und den Landkreis. Der Anteil der Stadt bei der Sparkasse beträgt keine 6% der städtischen Verschuldung von 70 Millionen Euro. **Eher stimmt das Gegenteil, dass nämlich die Gewinne in einer Höhe angesammelt und „maximiert“ werden die nicht zu rechtfertigen ist.**

Trotz der deutlichen Überschreitung des Basel III Mindestwertes der Gesamtkapitalquote um 180%, einer Überschreitung der Mindest-Kernkapitalquote (6%) mit einer eigenen Kernkapitalquote von 13,2% um das Doppelte und der positiven Prognosen für die künftige Entwicklung **hat der Verwaltungsrat mit seinem Vorsitzenden Landrat Dr. Ulrich Reuter und dem Stellvertreter Oberbürgermeister Klaus Herzog erneut die Gewinnabführung an die Stadt und den Landkreis abgelehnt.** Dies entspricht nicht dem Geist des Sparkassengesetzes und ist auch unter Hinweis auf Risikorückstellungen nach Basel III nicht nachvollziehbar.

Für uns ist es auch nicht nachzuvollziehen, weshalb beide Verbandsratsvorsitzende – wie öffentlich behauptet - ihre Blockadehaltung gegen eine Gewinnabführung bis zum Jahre 2020 festschreiben wollen, also für ihre gesamte Amtszeit. Verwiesen wird lediglich auf mögliche Entwicklungen des Finanzmarkts. **Offenbar sind die beiden Vorsitzenden im Nebenberuf Hellseher.** Und sie haben vergessen, dass die Sparkasse als Bank der Bürger und der Kommune keine Spekulationsbank wie die Deutsche oder Commerzbank ist. Kein Wort davon, dass die Sparkasse zum Wohle der Stadt und der Allgemeinheit wirtschaften muss und leichtfüßige Risikogeschäfte untersagt sind. **Zumindest ein Teil der Gewinne muss für das Allgemeinwohl verwendet werden. Solche Gelder sind in den Rücklagen und stillen Reserven in Übermaß vorhanden.** So jedenfalls zeigt es die öffentliche Bilanz 2014.

Ein weiterer Kritikpunkt der KI: Die bayerischen Sparkassen sind am CSU-Regierungs-Debakel mit der Landesbank mit 50% beteiligt. Von den 10 Milliarden Verlust müssen sie 5 Milliarden tragen. Auch der CDU-Regierungs-Skandal mit der Berliner Landesbank kostet die Sparkassen jedes Jahr Millionen. Dies trifft auch die Sparkasse Aschaffenburg-Alzenau. **Mehrere Millionen müssen abgeschrieben werden. Viele Millionen dafür sind in den ungedeckten Krediten von 500 Millionen versteckt. Die öffentliche Kritik daran ist verhallt. Die politisch Verantwortlichen wurden nicht zur Rechenschaft gezogen. Die Sparkasse ist kein Ausputzer für die Geldgeilheit von CDU- und CSU-Landespolitikern.** Sollen doch diese Parteien für die Veruntreuung von Bürgergeldern aufkommen! Dann kann Seehofer und Co. gleich Insolvenz anmelden.

Trotz dieser Mithaftung steht die Sparkasse ausgezeichnet da.

Zu guter Letzt ist für uns unverständlich, dass die Sparkasse Staatsanleihen in Höhe von 20 Millionen Euro hält. Darunter eine des Staates von Mexiko. Für eine regional agierende Bank die sowohl den Kommunen wie auch den Mittelstand in Stadt und Landkreis unterstützen soll entspricht dies in keiner Weise diesen begrenzten Aufgaben. **Wir fordern den Verwaltungsrat auf diese Staatsanleihen unverzüglich zu veräußern und den Erlös als Gewinn an die Träger Stadt und Landkreis abzuführen.**

Die Sparkasse wird erst dann ihrer Aufgabe als Bürgerbank der Kommune gerecht, wenn endlich die Gewinnabführung für gemeinnützige Zwecke an Stadtrat und Kreistag erfolgt. Diese Gremien sollen die Gewinne verteilen – nicht der Sparkassenvorstand und die Vorsitzenden Reuter und Herzog in Gutdünkenmanier mit dem Füllhorn ohne demokratische Kontrolle an Golfclubs, Hochschule und kleine Vereine oder unter Schonung des eigenen Haushalts für die Landesgartenschau in Alzenau.

Auch eine direkte jährlich Unterstützung des gemeinsamen Klinikums durch die offenen und verdeckten Gewinne würde den Zweck der gemeinnützigen Verteilung für unsere Region erfüllen.

Wir bleiben dran. Steter Tropfen höhlt den Stein.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Büttner,
Dr. Andreas Schubring,
Stadträte der Kommunalen Initiative (KI)